

Lieber Jürgen,

vielen Dank für Deine Mail vom 10.12.2014, in der Du um Aufklärung hinsichtlich der Position der GRÜNEN Hamm zum Thema „Gasbohren“ bittest. Es ist aus mancherlei Gründen nicht möglich, auf Deine Ausführungen in allen Einzelheiten ausführlich einzugehen. Dennoch will ich versuchen, das Grundsätzliche noch einmal zu präzisieren.

Es war nun wirklich nicht unsere Idee, in Hamm und Umgebung nach Erdgas zu suchen. Nachdem dann aber diese Möglichkeit offensichtlich diskutiert wurde, gab es die Notwendigkeit, sich dazu politisch zu verhalten. Das haben wir getan, in dem wir „Fracking“ kategorisch ausgeschlossen haben. Darüber hinaus waren und sind wir der Ansicht, dass jeder Interessent, der eine andere Methode anwenden will, den Nachweis erbringen muss, dass sein Vorhaben technisch möglich, wirtschaftlich erfolgreich und ökologisch vertretbar ist. Dass auch die rechtlichen Voraussetzungen erfüllt sein müssen, versteht sich von selbst. Ob alle diese Bedingungen bei dem in Frage stehenden Vorhaben erfüllt werden können, kann man bezweifeln; ein erfolgreicher Nachweis steht bis heute jedenfalls aus.

Gerade deswegen haben wir darauf bestanden, die Aktivitäten durch eine öffentliche Diskussion zu begleiten, die über die rechtlich verlangten Maßnahmen hinausgeht. Ein Ergebnis dessen sind die öffentlichen Bürgerversammlungen, die zum Thema bisher schon stattgefunden haben. Weitere können und sollen folgen. Hinsichtlich dieser Veranstaltungen haben wir größten Wert darauf gelegt, dass gerade den Kritikern des Gasbohrens die Möglichkeit eingeräumt wurde, ihre Bedenken ausführlich vorzutragen.

Nun kann man hinsichtlich der letzten Bürgerversammlung mit dem Auftreten z.B. der HammGas unzufrieden sein und sich in seiner Meinung zum Thema bestätigt fühlen. Wenn das so sein sollte, ist mir allerdings völlig schleierhaft, wie man auf die Idee kommen kann, sich an der Vorbereitung derartiger Veranstaltungen nicht mehr beteiligen zu wollen, indem man z.B. aus dem Lenkungskreis Gasbohren aussteigt.

Eins sollte doch klar sein: wenn man das Gasbohren verhindern will, u.a. durch neue rechtliche Vorgaben (u.a. Bergrecht), so kann man dieses Ziel nur erreichen, wenn durch eine öffentliche Diskussion so viel Druck in der Bevölkerung aufgebaut wird, dass die politischen Entscheidungen am Ende in die richtige Richtung fallen. Anders ausgedrückt: je häufiger HammGas sich blamiert, desto wahrscheinlicher wird, dass nichts passiert.

Im Übrigen würde ich dringend empfehlen, rhetorische Keulenschläge, wenn sie denn überhaupt sein müssen, für die Köpfe vorzusehen, die sie möglicherweise verdient haben. Wie man sich angesichts unseres Agierens zu der Behauptung versteigen kann, die Grünen Hamm stimmten der „Industrialisierung einer ganzen Region zu“, erschließt sich mir beim besten Willen nicht.

Mit freundlichen Grüßen

Reinhard Merschhaus